

Armut steigt auch unter Labour

Großbritannien: 20 Prozent der Bevölkerung bzw. 13,4 Millionen Menschen leben in relativer Armut. Eine halbe Million mehr im vergangenen Jahr

Von Dieter Reinisch

Auf den Straßen Großbritanniens und Nordirlands ist die Armut unübersehbar. Trotz Wind, Kälte und Regen wohnen in Sichtweite des Belfaster Rathauses Dutzende Obdachlose in Zelten – nichts Neues oder Ungewöhnliches. Obdachlosigkeit hat in den Jahren seit der Pandemie aber rapide zugenommen, denn die Arbeiterklasse verarmt im ganzen Vereinigten Königreich zusehends. Besonders Kinder sind davon bedroht, wie die neuen Sozialdaten der Regierung zeigen.

Laut den in der vergangenen Woche veröffentlichten Zahlen lebten im Berichtsjahr von April 2024 bis März 2025 13,4 Millionen Menschen in relativer Armut. In den zwölf Monaten bis März 2025 stieg die Zahl um eine halbe Million. Großbritannien hatte im Jahr 2024 eine geschätzte Einwohnerzahl von knapp unter 70 Millionen – ein Fünftel der Bevölkerung lebt in Armut.

Der Bericht, der seit 1995 erscheint und die soziale Lage von Haushalten untersucht, die ein Einkommen unter dem landesweiten Durchschnitt haben, ist der erste, der Maßnahmen der 2024 ins Amt gewählten Labour-Regierung umfasst. Trotz des weiteren Anstiegs der Armut unter der Labour-Regierung behauptete die Arbeits- und Rentenministerin Diana Johnson in einer ersten Reaktion gegenüber *BBC*, die Regierung ergreife »energische Maßnahmen, um den Kurs zu ändern«. Denn die vorliegenden Zahlen seien »völlig inakzeptabel«, so Johnson.

Unter den in relativer Armut Lebenden sind vier Millionen Kinder. Die Zahl der Rentner in relativer Armut stieg von 1,49 auf 1,69 Millionen. Als relativ armutsgefährdet gilt laut dem Bericht, wer in einem Haushalt lebt, dessen Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung liegt. Den Daten ist zu entnehmen, dass der Armutsanteil in der Gesamtbevölkerung zwischen 2023/24 und 2024/25 um ein Prozent auf 20 Prozent gestiegen ist.

»Die neuesten Statistiken zeigen einen leichten Anstieg der Gesamtarmut, während sich die Kinderarmut im ersten Jahr der Labour-Regierung kaum verändert hat«, sagte Peter Matejic, Chefanalyst der Joseph Rowntree Foundation, gegenüber *BBC*. Seine Stiftung erwarte im Zuge der Aufhebung der Zwei-Kind-Grenze für das Kindergeld ab April 2026 einen Rückgang der Kinderarmut. Er fügte jedoch hinzu: »Letztendlich leben immer noch viel zu viele Familien in Armut.«

Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbands TUC, Paul Nowak, kritisierte in einer Aussendung: »Jeder, der arbeitet, sollte einen angemessenen Lebensunterhalt verdienen. Aber während der Regierungszeit der Konservativen stieg die Armutsquote unter arbeitenden Haushalten sprunghaft an.« Er begrüßte, dass Labour »bereits wichtige Maßnahmen zur Armutsbekämpfung« ergriffen habe. Dazu gehörten aus seiner Sicht der höhere Mindestlohn, neue Rechte für Arbeiter, um sicherzustellen, dass sich ihre Arbeit lohnt, und die Abschaffung der Zwei-Kind-Regelung, »die so viele Familien in die Armut getrieben hat«. Die internationale Lage könne die Armut trotz dieser Maßnahmen weiter ansteigen lassen, befürchtet Nowak: »Angesichts des von Trump verhängten, völkerrechtswidrigen Krieges gegen den Iran und der damit einhergehenden Energiepreiserhöhungen muss die Regierung jetzt planen, wie Haushalte unterstützt werden können.«

Das Institute for Fiscal Studies bezeichnete die Veränderungen gegenüber 2023/24 als »statistisch nicht signifikant«, was von Sozialeinrichtungen kritisiert wurde. Ben Gregg vom Centre for Social Justice sagte der *BBC*, die Zahlen zeigten die »Absurdität des Kriteriums des ›relativen Niedrigeinkommens««. Denn ein Rückgang um zwei Prozent bei den Schätzungen bedeute nichts »für diejenigen, denen es tatsächlich an den grundlegendsten Lebensnotwendigkeiten mangelt«, so Gregg. »Heute wachsen 1,5 Millionen Kinder in Haushalten ohne Erwerbstätige auf und haben ein viermal höheres Risiko, die grundlegendsten Dinge ihrer Kindheit zu verpassen als Gleichaltrige.« Anstatt statistische Zahlen zu einer künstlich eingeführten Armutsgrenze zu diskutieren, forderte er konkrete Maßnahmen von der Regierung.

<https://www.jungewelt.de/artikel/520322.steigende-kosten-miese-löhne-armut-steigt-auch-unter-labour.html>